

Ingo Schmidt

Große Krisen seit den 1930er Jahren

1. Einleitung

Verweise auf die Große Depression sind ein fester Bestandteil linker Krisendiagnosen. Bürgerliche Ökonomen und Politiker hatten für derlei Miesmacherei meistens weder Zeit noch Verständnis. Dies änderte sich im Herbst 2008. Nachdem Kursstürze und Bankenpleiten an der Wall Street eine allgemeine und weltweite Wirtschaftskrise eingeleitet hatten, malten Wall Street Journal, Financial Times & Co das Schreckgespenst einer neuerlichen Depression an die Wand. Die Parallelen zwischen den 1930er Jahren und der Gegenwart sind – unabhängig von politischen Orientierungen und theoretischen Vorlieben – tatsächlich kaum zu übersehen. Sowohl 1929 als auch 2008 waren den Finanzkrisen spekulative Aufschwünge und Krisen in den Sektoren Immobilien, Rohstoff und Agrarproduktion vorausgegangen. Darüber hinaus hatten die Konjunkturzyklen, die entscheidend von der Industrieproduktion bestimmt werden, in beiden Fällen ihren Höhepunkt schon vor dem Börsenkrach überschritten. Letztere waren insofern nicht Krisenursache, sondern Krisenverstärker. Unübersahbar waren aber auch die Unterschiede in den politischen Reaktionen: In den 1930er Jahren lockerten Regierungen und Zentralbanken in den kapitalistischen Hauptländern die geld- und fiskalpolitischen Zügel nur sehr zögerlich. Erst die massive Rüstung für den Zweiten Weltkrieg führte zu Überwindung der Depression. Ganz im Gegensatz dazu wurden die (neo-)liberalen Grundsätze der Wirtschaftspolitik im Herbst 2008 vorübergehend suspendiert. Mit einer Kombination aus drastisch erweitertem Geldangebot, Zinssenkungen, Finanzspritzen für den Bankensektor sowie Konjunkturprogrammen wurde dem Zusammenbruch von Geldzirkulation und effektiver Nachfrage gegengesteuert.

Als hätte sie heimlich der Verdacht gequält, linke Krisen- und Stagnationstheorien könnten mehr als nur ein Körnchen Wahrheit enthalten, lassen Medien und politische Klasse die Welt wissen, dass sie ihre Lektion aus der Geschichte gelernt und den Übergang von der Rezession zur Depression bereits im Ansatz unterdrückt haben. Nicht nur das: Erste Anzeichen wirtschaftlicher Erholung werden als Beleg erfolgreicher wirtschaftspolitischer Intervention ausgegeben. Allerdings gab es solche Anzeichen auch nach der Börsenkrise 1929. Weder Börsenkurse noch Produktion, Absatz oder Außenhandel sind nach

dem ersten großen Kurssturz im Oktober in einem Rutsch nach unten gegangen. Die bis 1933 anhaltende Abwärtsbewegung legte vielmehr einige Zwischenstopps ein, weil die Auffüllung von Lagerbeständen mehrfach für kurzfristige Nachfragesteigerungen sorgte. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass die Produktions- und Absatzsteigerungen im Sommer 2009 ebenfalls auf kurzfristige Lagerhaltungszyklen zurückzuführen sind. Zudem hat die Wirtschaftspolitik bereits wieder auf Neoliberalismus umgeschaltet. Als hätten Kursstürze, Bankenpleiten und Nachfrageeinbrüche im vergangenen Herbst gar nicht stattgefunden, werden bereits wieder Inflationsbekämpfung und Haushaltskonsolidierung als wirtschaftspolitische Ziele angegeben. Maßnahmen in diese Richtung würden sicherlich zu neuerlichen Konjunkturrückgängen führen. Der Grund sind Stagnationstendenzen, die nicht durch konjunkturpolitische Interventionen überwunden werden können.

In den 1930er Jahren hat die verspätete, erst mit der Kriegswirtschaft voll einsetzende makroökonomische Intervention eine langandauernde Aufschwungsperiode eingeleitet. Dagegen ist es wahrscheinlich, dass die aktuelle Krise trotz unmittelbarer und kräftiger Interventionen in eine lang anhaltende Stagnationsphase mündet. Neben den bereits genannten Parallelen zwischen der Großen Depression und der gegenwärtigen Krise gibt es nämlich auch, unabhängig von konjunkturpolitischen Reaktionen, gewichtige Unterschiede zwischen beiden Perioden. In den zwei Jahrzehnten vor der Großen Depression, insbesondere während des Ersten Weltkriegs und nach der Inflationskrise zu Beginn der 1920er Jahre, wurden wissenschaftliche Betriebsführung und Massenproduktion in den neuen Sektoren Chemie-, Automobil- und Elektroindustrie eingeführt. Um die damit entstehenden Produktionskapazitäten auszulasten, mussten neue Märkte geschaffen werden. Dazu ist es im Zuge des Zweiten Weltkriegs und der dauerhaften Ausweitung der ökonomischen Staatstätigkeit auch gekommen. Dagegen haben die finanzmarktgetriebene Akkumulation und deren Krise in der Gegenwart die Grenzen der Markterweiterung erreicht, mit der seit den 1970er Jahren eine neue Prosperitätskonstellation auf informationstechnologischer Grundlage geschaffen werden sollte. Darüber hinaus fehlt heute die weltwirtschaftliche Führungskraft, die zur Durchsetzung einer solchen Konstellation fähig wäre. Aus der imperialistischen Rivalitäten zwischen alten Kolonialmächten und Expansionsstreben der Achsenmächte einerseits sowie in Abgrenzung gegenüber der Sowjetunion andererseits gingen die USA in den 1940er Jahren als Führungsmacht hervor, die dem Akkumulationsmodell aus Massenproduktion und Massenkonsum den notwendigen weltwirtschaftlichen Rahmen schuf. Dieser Rahmen wurde seit den 1970er Jahren in einen neoliberalen Finanzmarktkapitalismus transformiert, aus dem die gegenwärtige Krise hervorgegangen ist. Eine politische Kraft, die einer neuerlich Prosperitätskonstellation zu einer entsprechenden Gestaltung des Weltmarktes verhelfen könnte, ist gegenwärtig nicht absehbar. Mit Blick auf die

Geschichte internationaler Wirtschaftskonferenzen in der Vergangenheit sind durchaus Zweifel angebracht, ob ein solches internationales Regime auf dem Wege internationaler Verhandlungen erreicht werden kann.

Die Große Depression markierte den Durchbruch zum amerikanischen Jahrhundert. Aus Krise und Krieg hervorgegangen durchlief es in den 1950er und 1960er Jahren eine Phase historisch beispielloser Prosperität. Seit den 1970er Jahren verringerten sich allerdings die Wachstumsraten. Zugleich verlagerte sich das hegemoniale Zentrum innerhalb der USA von den fordistischen Massenproduktionsindustrien in Detroit zu den Finanzzentren an der New Yorker Wall Street. Die mit der Entwicklung zum Finanzmarktkapitalismus einhergehenden Schulden-, Finanz- und Wirtschaftskrisen samt nachfolgenden Krisenmanagements in den kapitalistischen Peripherien waren fast drei Jahrzehnte eine Quelle der Akkumulation in den Metropolen, namentlich der Wall Street. Dieses Akkumulationsmodell ist im Herbst 2008 an seine Grenzen gestoßen: Statt weiterhin einen Reichtumstransfer von den Peripherien in die Zentren zu organisieren, sind die Zentren selbst zum Ausgangspunkt einer Weltwirtschaftskrise geworden. Davon bricht der Kapitalismus nicht zusammen. Andererseits ist, trotz Produktinnovationen in einigen Bereichen, kein Akkumulationsschub absehbar, der mit früheren Wachstumsphasen im Entferntesten vergleichbar wäre. Die Ironie dieser Stagnationsgeschichte könnte darin bestehen, dass die allgemeine Krise des Kapitalismus, die in den 1930er aber auch den 1970er Jahren verfrüht ausgerufen wurde, in einer Zeit begonnen hat, in der auch linke Krisendiagnostiker sie nicht mehr erwartet haben. Eine weitere Ironie könnte darin bestehen, dass diese Krise ausgerechnet von jenem Land ausgeht, dessen herrschende Klasse davon überzeugt ist, auf dem von ihr direkt beherrschten Territorium sei der real existierende Kapitalismus seiner theoretischen Idealform näher gekommen als irgendwo sonst auf dieser Welt.

2. These und Theorie

Die zentrale These dieses Aufsatzes besagt, dass mit der Überwindung der Großen Depression eine Akkumulationsphase unter amerikanischer Hegemonie eingesetzt hat, die in den 1970er Jahren erstmals in eine schwere Wirtschafts- und Hegemoniekrise geraten ist und mit der gegenwärtigen Krise an ihr Ende gelangt. Zur Begründung dieser „One Big Wave“-These (Gordon 2000) wird auf die Akkumulationstheorie Rosa Luxemburgs zurückgegriffen (Luxemburg 1913). Dieser Theorie zufolge bedarf die kapitalistische Akkumulation der Expansion in nicht-kapitalistische Räume, um kapitalistische produzierte Profite durch entsprechenden Absatz realisieren zu können. Mit Hilfe von Kapitalexport und Militär unterwerfen sich die kapitalistischen Zentren periphere Räume, bis auf der ganzen Welt kapitalistische Produktions- und Austauschverhältnissen herrschen. Die Erschöpfung nicht-kapitalistischer Expansionsmöglichkeiten führt zu Nachfrageausfällen, so dass ökonomische

Konkurrenz, Krisen und imperialistische Rivalität zunehmen. Dabei wird aus dem Militarismus, der bis dahin vornehmlich der äußeren Expansion gedient hatte, ein Instrument des Großmachtstrebens und, aufgrund der damit einhergehenden Aufrüstung, selbst bis zu einem gewissen Grad ein Anlage- und Absatzfeld für kapitalistisch produzierte Waren.

Luxemburgs Kernthese, dass der Akkumulationsprozess ohne Expansion in nicht-kapitalistische Milieus aus Mangel an Nachfrage zusammenbrechen werde, ist auf vielfache Kritik gestoßen (Howard, King 1989: Kap. 6, Zarembka 2002). In der marxistischen Debatte um Luxemburgs Theorie wurde gezeigt, dass, bei entsprechender Wahl der Parameter, sowohl ein stabiler Akkumulationsprozess theoretisch denkbar ist (Bauer 1913), als auch eine Krise, die eintritt, weil der Anlage suchende Mehrwert nicht ausreicht, das in der Vorperiode verbrauchte Kapital zu ersetzen (Grossmann 1929). Zudem wurde von mehreren Autoren behauptet, dass Exporte in nicht-kapitalistische Milieus keine zusätzliche Nachfrage schaffen würden, weil ihnen Importe in gleichem Umfang gegenüberstünden. Dieses Argument übergeht jedoch die Möglichkeit kreditfinanzierter Exportüberschüsse in nicht-kapitalistische Milieus; eine Form der Landnahme, die in der gesamten Geschichte von Kapitalismus und Imperialismus eine wichtige Rolle gespielt hat (Luxemburg 1913: Kap. 30) und immer noch spielt.

Dagegen wurde eine wichtige Implikation der Luxemburgschen Theorie in der „frühen“ Debatte weitgehend übergangen. Im Gegensatz zu Marx hatte Luxemburg die ursprüngliche Akkumulation nicht als einmaliges Durchgangsstadium auf dem Weg zur Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise verstanden, sondern als einen permanenten, die kapitalistische Akkumulation begleitenden Prozess. Empirisch hatte Bucharin gegen Luxemburg eingewandt, dass es bei Erscheinen ihres Werkes durchaus noch nicht-kapitalistische Milieu innerhalb der kapitalistischen Zentren, erst recht aber in den Kolonien gegeben habe, so dass Akkumulation und Landnahme durchaus noch eine Weile fortgesetzt werden könnten (Bucharin 1926: 108f, 116f). Diese Kritik ist kompatibel mit neueren Debatten, in denen einerseits Grenzen der Landname als Ursache großer Krisen verstanden werden, in denen aber auch die Möglichkeiten neuer Phasen innerer und äußerer Landname ausgelotet werden (Lutz 1989, Schmidt 1997: Kap. 2.2.4, Harvey 2003, Kap. 4).

Im Rahmen der „neuen Luxemburg Debatte“ lassen sich die Große Depression und ihre Überwindung, der Übergang vom Fordismus zum Finanzmarktkapitalismus und die aktuelle Krise erklären (Dörre 2009). In diesen Krisen gelingt dem Kapital entweder die Erschließung neuer Märkte und damit die Wiederbelebung der Akkumulation (Maddison 1991: Kap. 4) oder anhaltende Stagnation führt zu fortgesetzten Verteilungskämpfen mit den Alternativen „Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei“ (Luxemburg 1916: 62). Zudem kann die von Luxemburg betonte ökonomische Rolle des Milita-

rismus als Hinweis auf eine dauerhafte Ausweitung der Staatstätigkeit verstanden werden (Kalecki 1987), weshalb Klassenkämpfe nicht mehr nur in direkter Konfrontation zwischen Lohnarbeit und Kapital stattfinden, sondern zunehmend auch Konflikte um die Verteilung von Steuerlast und Staatsausgaben umfassen (O'Connor 1974).

Die Ausweitung der Staatstätigkeit trug zunächst zur Überwindung der Großen Depression bei, wurde aber schließlich selbst zu einer Grenze der Akkumulation, weil steigende Steuern und staatlich begünstigte Lohnerhöhungen vom Kapital im Laufe der Nachkriegsprosperität zunehmend weniger als Beitrag zur Markterweiterung, sondern immer mehr als Angriff auf die Profitrate wahrgenommen wurden. Hieraus erklärt sich der Übergang zum Finanzmarktkapitalismus, der allerdings keineswegs mit einer quantitativen Zurückdrängung der Staatstätigkeit sondern mit einer Verschiebung der Steuerlast von Vermögen und Vermögenseinkommen auf die Bezieher von Lohn und Transfereinkommen verbunden war. Während der gesamten Phase finanzmarktgetriebener Akkumulation stand das Kapital vor dem Problem, dass eine Senkung der Steuer- und Staatsquote zwar zu höheren Profitraten hätte führen können, dadurch aber die bereits von Luxemburg analysierten Nachfragegrenzen enger gezogen hätte, so dass die zu realisierende Profitmasse abgenommen hätte. Gelöst wurde dieses Problem durch eine zunehmende Verlagerung der Steuerlast auf die Bezieher von Arbeits- und Transfereinkommen und, sofern deren verfügbare Einkommen hierdurch sinken, die kreditfinanzierte Ausweitung privater Nachfrage. Die Grenzen der Nachfrageschaffung dieses kredit- und kapitalmarktbasiereten Akkumulationsmodells sind mit der aktuellen Krise sichtbar geworden (Foster, Magdoff 2009).

Ebenso wie die Ausweitung der Staatstätigkeit in den Metropolen trugen auch die aus dem Zerfall der europäischen Kolonialreiche hervorgegangenen „Developmental States“ (Woo-Cumings 1999) zunächst zur Schaffung neuer Märkte für die kapitalistischen Zentren bei. In einem Prozess nachholender Industrialisierung, so die Idee des „Developmental States“, sollten zunächst Produktionskapazitäten aufgebaut und später ein Binnenmarkt für inländische Konsumgüter entwickelt werden. In der ersten Phase dieses Prozesses waren diese Staaten gern gesehene Käufer bzw. Empfänger von Investitionsgüter- und Kapitalexporten aus den Metropolen. Mit dem fortschreitenden Aufbau eigener Fertigungskapazitäten wurden sie jedoch zunehmend als potentielle Konkurrenten auf den Weltmärkten für Investitions- und Konsumgüter sowie Rohstoffen angesehen. Das Bemühen, die Konkurrenz der „industriellen Nachzügler“ einzudämmen, führte seit den 1970er Jahren zu ihrer Integration in globale, allerdings von den Metropolen kontrollierte, Wertschöpfungsketten.

In den folgenden Abschnitten wird die modifizierte Akkumulationstheorie Luxemburgs zur Analyse der Wendepunkte der langen Akkumulationswelle unter amerikanischer Führung benutzt. Bei der Betrachtung der Großen Depression,

der Stagflation der 1970er Jahre sowie der gegenwärtigen Überakkumulationskrise wird jeweils der Frage nachgegangen, inwieweit die von Luxemburg identifizierte Begrenzung der Nachfrage aus Lohneinkommen wirksam wird. Darüber hinaus wird die Wirtschaftspolitik daraufhin befragt, in welchem Verhältnis Maßnahmen zur Nachfrageausweitung und Maßnahmen zur Erhöhung der Profitrate gestanden haben. Schließlich werden die Umbauten des Weltmarktes, die in den großen Krisen seit den 1930er Jahren stattgefunden haben, sowie die hieraus folgenden Wirkungen auf die Akkumulation untersucht.

3. Die Große Depression der 1930er

Zeitgenössischen Marxisten musste die Große Depression als Bestätigung der Stagnations- bzw. Zusammenbruchstheorien Lenins und Luxemburgs erscheinen. Aufrüstung und Faschismus waren demnach nur noch kapitalistische Rückzugsgefechte, die den Sieg des Sozialismus zwar aufhalten, aber nicht stoppen können (Sweezy 1942, Varga 1935). Auf anderen analytischen Wegen gelangte der liberale Meisterdenker Schumpeter zum gleichen Schluss (Schumpeter 1943). Doch es kam anders: Im Nachhinein erwies sich die Große Depression als Vorspiel des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegsprosperität. Zum Verständnis der schon nicht mehr erwarteten Revitalisierung des Kapitalismus trägt die Analyse der Depression bei. Diese kann als Folge des unvollständigen Übergangs vom liberalen zum organisierten Kapitalismus verstanden werden. Dieser Übergang hatte mit dem sprunghaften Anstieg von Staatsausgaben, staatlicher Regulierung und korporatistischer Einbindung der Gewerkschaften begonnen, wurde aber erst während und nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig abgeschlossen (Dobb 1946: Kap. 8, Kolko 1994: Kap. 12, Birnbaum 2001: Kap. 5).

Begonnen hatte der Übergang zum organisierten Kapitalismus aber schon während des Ersten Weltkriegs. Die Kriegsproduktion führte nicht nur zu einer vorübergehenden Konjunkturbelebung in den kapitalistischen Zentren, sondern veränderte auch die Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital grundlegend (Broadberry, Harrison 2005). Mit der Industrialisierung der Zentren war, internen Streitigkeiten, Spaltungen und staatlicher Repression zum Trotz, seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die Herausbildung der Arbeiterbewegungen in Europa und Amerika einhergegangen (Abendroth 1965: 51-86, Nicholson 2004: Kap. 4&5). Diese Bewegungen wurden, zu Recht oder Unrecht, zunehmend als Bedrohung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wahrgenommen. Der Erste Weltkrieg bot, im Namen nationaler Einheit, die Gelegenheit zur Schwächung der Arbeiterbewegung durch Ko-optation gemäßigter und sozialimperialistischer Führer einerseits und Unterdrückung radikaler Organisationsansätze andererseits (Luxemburg 1916). Ungeachtet dieser Spaltungs- und Integrationsstrategie kam es nach dem Krieg zu Revolutionen, Revolten und Massenstreiks, in denen die Arbeiterklassen der kapitalistischen Zentren wenngleich nicht die politische Macht, so doch we-

nigstens höhere Löhne und soziale Reformen erringen konnten. Diese Geländegewinne waren allerdings kurzlebig. Die 1920 einsetzende Nachkriegsinflation ließ nichts von den gerade errungenen Nominallohnerhöhungen übrig und eine gleichzeitig einsetzende Rezession schwächte die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht (Feinstein et al. 2008: 39-42). Die von reformistischen Gewerkschafts- und Parteiführern erhoffte Umwandlung des Kriegssozialismus in einen sozialstaatlich organisierten Kapitalismus blieb ebenso aus wie das von der radikalen Linken erhoffte Wiederauflodern revolutionärer Umtriebe. Stattdessen konnten Löhne, soziale Reformen und Arbeiterorganisationen in unterschiedlichem Maße zurückgedrängt werden. Als besonders folgenreich sollte sich der Angriff auf die amerikanische Arbeiterbewegung erweisen.

Dort wurde die Machtbasis der Facharbeitergewerkschaften, deren Führung den Kriegseintritt der USA unterstützte, weitgehend zerstört, weil der Übergang zu standardisierter Massenproduktion bereits während des Krieges viel weiter getrieben wurde als in irgend einem anderen Land (Lens 1973: Kap. 11). Darüber hinaus waren die politische Repräsentation und zivilgesellschaftliche Verankerung der amerikanischen Arbeiterklasse weitaus schwächer entwickelt als in Europa. Deshalb konnten die durch Streiks nach Kriegsende erzielten, institutionell aber kaum abgesicherten, Erfolge sehr schnell zurückgenommen werden. Die mit Nachkriegsinflation und -krise beginnende, und in den USA besonders weitgehende, Zurückdrängung der Arbeiterbewegung war allerdings nicht von einer entsprechenden Rücknahme des Staates begleitet. Die während des Krieges drastisch gestiegenen Staatsquoten gingen auch nach dem Krieg nicht zurück und lagen vor Beginn des Zweiten Weltkrieges rund doppelt so hoch wie vor Beginn des Ersten Weltkrieges (Maddison 2001: 135).

Auf die Bedeutung erhöhter Staatsquoten wird mit Blick auf die Wirtschaftspolitik nach der Finanzkrise 1929 noch einzugehen sein. Ein entscheidender Faktor, der zum Ausbruch der Krise führte, war die Schwächung der amerikanischen Arbeiterbewegung zu Beginn der 1920er Jahre (Lens 1973: Kap. 12). In Europa flackerten auch nach der Stabilisierungskrise zu Beginn der 1920er Jahre immer wieder Klassenkämpfe auf. An der amerikanischen Klassenfront blieb es dagegen ruhig. Entsprechend stieg die Investitionsneigung amerikanischer Kapitalisten beträchtlich an. In freudiger Profiterwartung steckten sie große Summen in den weiteren Ausbau der Massenproduktionsindustrien. Solange die hierfür notwendigen Investitionen selbst Nachfrage darstellten, hielt der Aufschwung an. Zusätzlich befeuert wurde der Boom in den USA durch die Gläubigerposition, in die sich die amerikanischen Finanzmärkte während des Ersten Weltkrieges hineinakkumuliert hatten. Ein Teil des an der Wall Street reichlich vorhandenen Kapitals wurde in die verschuldeten europäischen Zentren exportiert, hatte dort jedoch nur geringe Wachstumseffekte. Insbesondere die britische Industrie litt unter dem Versuch, die Hegemonie von Pfund und Londoner Finanzwelt durch eine Rückkehr zum Goldstandard, der

während des Ersten Weltkrieges zwecks Kriegsfinanzierung suspendiert war, gegen die Gläubigernation USA und ihren Dollar zu verteidigen (Clavin: Kap. 2, Ziebura 1984: Kap. II). Zu den Vorkriegswechsellkursen, die mit dem Goldstandard ebenfalls wieder galten, konnten britische Exporte nicht mit jenen der USA konkurrieren, weil das Produktivitätswachstum letzterer dasjenige Britanniens schon seit dem späten 19. Jahrhundert übertraf (Feinstein et al. 2008: 69-72). Um diesen Wettbewerbsnachteil auszugleichen, setzte die britische Bourgeoisie auf eine Deflationspolitik, die während der gesamten 1920er Jahre zu Massenarbeitslosigkeit und einer Beschränkung der Binnennachfrage führte. Andere europäische Länder erlebten immerhin eine Miniaturausgabe des US-Booms, waren aber zum Teil erheblichen politischen Spannungen ausgesetzt. Gemessen an diesem „Niedergang Europas“ (Ziebura 1984: 67) erschien die amerikanische Prosperität umso eindrucksvoller. So gesehen ist es kein Wunder, dass die Börseneuphorie auch noch anhielt, als die Wachstumsraten der Produktion ihren Höhepunkt bereits überschritten hatten. Schließlich, dann aber sehr schnell, sprach sich auch an der Börse herum, dass die Investitionskonjunktur Produktionskapazitäten geschaffen hatte, die mangels Nachfrage privater oder öffentlicher Haushalte nicht ausgelastet werden konnten. Das Nachfragewachstum, das zuletzt nur noch von Schulden und Spekulation getragen wurde, brach mit den Börsenkursen zusammen. Die Krise war da (Kindleberger 2000: Kap. 2-6).

Der Investitionsboom in den 1920er Jahren hatte einen Einkommenseffekt, der für zusätzliche Nachfrage sorgte. Dabei handelte es sich aber lediglich um ein konjunkturelles Phänomen. Langfristig verschärfte dieser Boom sogar die Stagnationstendenz, weil weitere Kapazitäten ausgelastet werden mussten (Aldcroft 1978: 317-321, Schmidt 1997: 85-88). Über Wege zur Verhinderung einer durch Nachfragemangel bedingten Stagnation hat der reformistische Flügel der Arbeiterbewegung seit Eduard Bernstein nachgedacht. Demnach sollte der Akkumulationsprozess durch steigende Löhne und soziale Reformen stabilisiert und auf diese Weise ein politischer Ausgleich mit der Bourgeoisie erreicht werden (Berman 2006). Diese Mischung aus Ökonomismus und Voluntarismus übersieht jedoch, dass nicht alles was ökonomisch möglich ist, auch politisch umgesetzt werden kann. Erfahrungen korporatistischer Wirtschaftssteuerung waren seit dem Ersten Weltkrieg vorhanden. Die öffentlichen Haushalte stellten einen hinreichend großen Anteil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage dar, um eine Politik expansiver Staatsausgaben wirksam werden zu lassen. Den politischen Klassen war auch klar, dass jedwede binnenwirtschaftliche Politik internationaler Abstimmung bedarf. In der Zwischenkriegszeit waren die Bourgeoisien allerdings nicht zum inneren Klassenkompromiss bereit und zur internationalen Kooperation unfähig. An ihren jeweiligen Heimatfronten hatten sie den Übergang von der traditionellen Herr-im-Haus-Betriebsführung zum „wissenschaftlichen“ Management noch nicht vollständig

vollzogen und fürchteten zudem, Zugeständnisse an den Reformismus würden letztlich Wasser auf die Mühlen kommunistischer Parteien lenken (Danos; Gibelin 1982, Symmons 1957, Rosenberg 1991). In der internationalen Arena schwand die Führungskraft der Briten umso mehr, je länger sie an den Prinzipien der im Ersten Weltkrieg bereits untergegangenen Pax Britannica – Goldstandard und Haushaltsausgleich – festhielten. Gleichzeitig waren die Amerikaner noch nicht bereit, internationale Führung zur Not auch auf Kosten heimischer Wählerstimmen zu übernehmen. Stattdessen schwenkten sie auf einen protektionistischen Kurs ein, der von anderen Regierungen übernommen wurde und zur Desintegration des Weltmarktes und einer Verschärfung der Krise beitrug (Kindleberger 1973, Ziebura 1984: Kap. V). Die Bausteine für ein um Massenproduktion und Massenkonsum zentriertes Akkumulationsmodell waren bereits vor und während der Großen Depression vorhanden. Die politischen Bedingungen, unter denen dieses Modell zusammengesetzt und in Gang gehalten werden konnte, haben sich dagegen erst im Zweiten Weltkrieg herausgebildet. Obwohl dieses Modell vielfach als empirischer Beleg für die Möglichkeit endogener kapitalistischer Akkumulation angesehen wird, wurde es in erheblichem Maße durch eine neue Phase der Landnahme nicht-kapitalistischer Milieus angetrieben. Die Erschöpfung dieser Milieus trug zum Ende der Nachkriegsprosperität und der nachfolgenden Stagflation der 1970er Jahre bei.

4. Die Stagflation der 1970er

Die Serie von Konjunktur-, Währungs- und Fiskalkrisen, welche dem lang anhaltenden Nachkriegsboom in den 1970er Jahren folgte, erlöste viele Marxisten von dem nagenden Zweifel, der Keynesianismus habe den Schlüssel zu ewiger Prosperität gefunden und damit den von Marx prognostizierten Krisentendenzen der Kapitalakkumulation ein Ende bereitet. Nun konnte endlich wieder über Unterkonsumtion, Überproduktion und tendenziell fallende Profitraten gestritten werden (Altvater et al. 1979, Hoffmann 1983).

Bis Mitte der 1960er Jahre schien die Nachkriegsprosperität alle Varianten marxistischer Krisentheorien zu widerlegen. In den kapitalistischen Zentren stiegen die Reallöhne in etwa im Gleichschritt mit der Arbeitsproduktivität (Marglin 1991: 18, Rupert 1995: Kap. 7). Dadurch wurden einerseits steigende Lohnstückkosten und ein hiervon ausgehender Druck auf die Profitrate vermieden. Andererseits stieg mit den Reallöhnen auch die Konsumgüternachfrage. Auf diese Weise konnte das Kapital der Unterkonsumtionsfalle, in der die Akkumulation während der Großen Depression gefangen war, entkommen. Hierzu trugen auch der gegenüber der Zwischenkriegszeit nochmals gestiegene Anteil öffentlicher Ausgaben, insbesondere in den Bereichen Bildung, Soziales und Rüstung, sowie beständig steigende Ausgaben zur Verkaufsförderung bei (Baran; Sweezy 1966, Maddison 2001: 135). Diese Ausgabenposten hatten keine nennenswerten Kapazitätseffekte. Sie trugen aber zu einem Nachfrage-

wachstum bei, das die Produktivitätspotentiale, die in der Ausbreitung von Methoden der Massenproduktion angelegt waren, auszuschöpfen half. Dank keynesianischer Wirtschaftspolitik und dem korporatistischem Zusammenwirken der Vertreter von Lohnarbeit und Kapital schien das Nachfrageproblem kapitalistischer Akkumulation gelöst (Schmidt 1997: 167-179).

Unter Rückgriff auf Luxemburgs Akkumulationstheorie lässt sich nun zeigen, dass die gleichen Faktoren, die in den 1950er und 1960er Jahren zu einer historisch beispiellosen Prosperität beigetragen haben, auch zu den Krisen der 1970er Jahren geführt haben. Dafür ist allerdings ein sorgfältiger Umgang mit dem Begriff Expansion in nichtkapitalistische Milieus erforderlich. Wie weiter oben bereits dargestellt, geht Luxemburg davon aus, dass der Kapitalismus „nichtkapitalistische soziale Schichten als Absatzmarkt für seinen Mehrwert, als Bezugsquellen seiner Produktionsmittel und als Reservoirs der Arbeitskräfte für sein Lohnsystem“ (Luxemburg 1913: 316f) braucht, um Absatz für den kapitalistisch produzierten Mehrwert zu finden. Sie wendet dieses „Expansionstheorem“ auf die konkrete Analyse kolonialer Eroberungen und imperialistischer Konkurrenz an. Diese beiden Erscheinungsformen des kapitalistischen Weltsystems waren nach dem Zweiten Weltkrieg in Auflösung begriffen. Unter Führung der USA entwickelte sich vielmehr ein Imperialismus ohne Kolonien (Magdoff 2003). Zudem schränkte die Entstehung des sowjetischen Imperiums, ganz gleich ob man dieses als sozialistisch oder staatskapitalistisch begreift (Van der Linden 2007), das Aktionsfeld des Kapitals räumlich erheblich ein (Heller 2005: Kap. 1-3). Obwohl diese Erscheinungen nicht mit jenen übereinstimmen, die Luxemburg analysiert hat, trägt ihre Argumentation zum Verständnis von Nachkriegsprosperität und Krisen in den 1970er Jahren bei. Dies gilt einmal mit Blick auf die Hochrüstung während des Kalten Krieges, die ökonomisch die gleiche Absatz schaffende Funktion hat, die Luxemburg mit Blick auf den Militarismus des späten 19. Und frühen 20. Jahrhunderts dargestellt hat. Darüber hinaus förderten Dekolonisierung und Systemwettbewerb in vielen gerade entstehenden „Developmental States“ einen Industrialisierungsschub, der den Investitionsgüterherstellern der Zentren zusätzliche Absatzmöglichkeiten bot. Schließlich ist zu beachten, dass kapitalistische Expansion nicht zwangsläufig in anderen Ländern erfolgt, sondern auch nichtkapitalistische Formationen innerhalb kapitalistischer Länder erfassen kann (Lutz 1989).

Von besonderer Bedeutung sind dabei die privaten Haushalte, weil sie in erheblichem Umfang für den Eigenbedarf produzierten und insofern als nichtkapitalistische Nischen in den kapitalistischen Zentren angesehen werden konnten. Nach dem Zweiten Weltkrieg war ihr Anteil am gesamten Arbeitsvolumen, d.h. der Arbeit unter kapitalistischen wie unter nichtkapitalistischen Bedingungen zusammengenommen, noch erheblich. Dies sollte sich während der Nachkriegsprosperität ändern. Der Massenkonsum eroberte die Arbeiterhaushalte. Dabei spielte die Ausweitung des Konsumentencredits eine ähnli-

che Rolle wie internationale Anleihen bei der kapitalistischen Durchdringung von Kolonien bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen „Developmental States“. Zwecks Kredittilgung und Konsumgüterkäufen aus laufenden Einkommen, dehnten die Haushalte ihr Arbeitsangebot aus, weshalb insbesondere Frauen in großer Zahl in den Arbeitsmarkt eintraten (von Werlhof et al. 1983). Zudem trieb der Konkurrenzdruck großer Konzerne und einer sich industrialisierenden Landwirtschaft immer mehr Kleinbetriebe in den Ruin und ihre ehemaligen Besitzer samt Familien auf den Arbeitsmarkt (Guérin, Mandel 1972: Kap. II, Lutz 1989: Kap. IV). Dank Ausbreitung des Massenkonsums, steigender Staatsausgaben samt der Investitionen, die durch steigende Nachfrage in den kapitalistischen Zentren und einer Reihe peripherer Länder angeregt wurden, konnte ein steigendes Arbeitsangebot über längere Zeit in den kapitalistischen Arbeitsprozess eingegliedert werden.

Ende der 1960er Jahre stieß dieser Prozess der Akkumulation durch Expansion in Haushalte und Absorption des Kleingewerbes an Grenzen der Nachfrageausweitung und zugleich an Grenzen der Rationalisierung. Zu jener Zeit waren sicherlich noch nicht alle Konsumträume, schon gar nicht im Weltmaßstab, erfüllt und insofern bestand nach wie vor eine potenzielle Nachfrage. Weiterhin steigende Reallöhne, insbesondere für Arbeiter und Arbeiterinnen am unteren Ende der Lohnskala, hätten die Konsumgüternachfrage antreiben können. Dazu ist es aber nicht gekommen, weil der Beschäftigungsaufschwung in den 1950er und 1960er Jahren zu einem Aufschwung militanter Arbeitskämpfe geführt hat, der von Aktionären und Managern großer Konzerne genauso argwöhnisch betrachtet wurde, wie die Gewerkschafts- und Parteigründungen am Ende des 19. Jahrhunderts von Firmenpatriarchen. Zunehmend waren sie der Auffassung, dass die Wiederherstellung der Ordnung im Betrieb wichtiger sei als die kurzfristige Ausweitung des Absatzes (Kalecki 1943: 324-326). Dies galt umso mehr, als die neue Arbeitermilitanz nicht nur höhere Löhne forderte, sondern auch die zunehmende Produktivität durch Zergliederung und Beschleunigung im Prozess der Massenproduktion in Frage stellten. Auch wurde die Sorge um künftige Profitraten verstärkt, weil außerhalb des kapitalistischen Betriebes Forderungen nach einer Ausweitung des Sozialstaates sowie einer neuen Weltwirtschaftsordnung laut wurden.

Hatte der Keynesianismus zunächst zur staatlichen Mobilisierung brachliegender privater Ersparnisse beigetragen, drohte mit der Finanzierung eines stets erweiterten Sozialstaates die Erhöhung von Steuern auf Vermögen und Vermögenseinkommen. Zudem hätte eine neue Weltwirtschaftsordnung zu einer drastischen und dauerhaften Verteuerung importierter Rohstoffe in den kapitalistischen Zentren geführt. Angesichts der nunmehr befürchteten Profitklemme verringerten viele Unternehmen ihre Investitionen und versuchten ihre Profitraten durch steigende Preise zu stabilisieren (Sherman 1976). Rückläufige Investitionen und inflationär gesenkte Kaufkraft des Lohnes führten jene Krise

herbei, die während der anhaltenden Nachkriegsprosperität mehr und mehr als historisches Relikt erschienen war (Bronfenbrenner 1969).

Verschärft wurde die Krise noch durch erste Injektionen monetaristischer Wirtschaftspolitik, die durch Beschränkung staatlicher Ausgaben und hohe Zinsen zu weiteren Nachfrageausfällen führte. Die bislang im Gleichschritt erfolgte Entwicklung von Produktionskapazitäten und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage geriet aus dem Tritt. Überkapazitäten wurden zu einer dauerhaften Begleiterscheinung eines nunmehr gebremsten Akkumulationsprozesses (Brenner 2006: Kap. 10).

Den neoliberalen Durchbruch schafften schließlich die USA (Harvey 2005), die auf diese Weise ihre in den 1970er Jahren angeknackste Hegemonie auf veränderter Grundlage wiederherstellen konnten. Anders als die Briten, die ihre Hegemonie nach dem Ersten Weltkrieg auf den Vorkriegsprinzipien Goldstandard und Haushaltsausgleich wiederherzustellen suchten und damit zu Ausbruch, Tiefe und Dauer der Großen Depression beitrugen, konnte sich in den USA während der Stagflation der 1970er relativ schnell eine zu Änderungen bereite Fraktion der Bourgeoisie durchsetzen. Keynesianismus und Sozialstaat wurden nunmehr als Unternehmerinitiative erstickende Ursachen der Stagflation verworfen und durch die neuen Prinzipien Inflationsbekämpfung, Privatisierung sowie Zurückdrängung des Sozialstaates ersetzt. Beginnend mit Ronald Reagans passiver Revolution entstand ein Wall Street Pentagon Kapitalismus (Schmidt 2008a), in dem Konzerne und neoliberale Staaten die Wiedereroberung des Terrains vorantrieben, das sie nach dem Zweiten Weltkrieg an Sozialstaat, „Developmental States“ und das sowjetisch dominierte Staatensystem verloren hatten. Begleitet von Fiskal-, Schulden- und Finanzkrisen in allen Teilen der Welt sollte dieser neue Kapitalismus 2008 schließlich sein ökonomisches Herz, Wall Street, treffen. Kursstürze und Bankenzusammenbrüche markierten den Beginn einer Finanz- und Überproduktionskrise, die nicht nur das Ende eines Konjunkturzyklus markiert, sondern das Ende von neoliberalen Kapitalismus und US-Hegemonie eingeläutet hat.

5. Die gegenwärtige Krise

Im Gegensatz zur Nachkriegsprosperität, die von politischen Krisen begleitet, aber von keiner ernsthaften Konjunkturkrise unterbrochen wurde, gehörten Wirtschaftskrisen im Neoliberalismus zum Geschäft. Gelöst wurden diese Krisen aber nicht, wie die neoliberale Theorie nahe legt, durch die unsichtbare Hand des Marktes, sondern durch massive politische Interventionen der kapitalistischen Zentren und der von ihnen dominierten internationalen Organisationen (Toussaint 2005). Auf diese Weise konnten die Märkte der „Developmental States“ und später des zerfallenden sowjetischen Imperiums, die zuvor durch eine Politik importsubstituierender Industrialisierung teilweise oder das Außenhandelsmonopol realsozialistischer Staaten weitestgehend verschlossen

waren, für Kapitalanlagen aus den westlichen Zentren geöffnet werden. Dies verschaffte letzteren, wenngleich in bescheidenem Umfang, neue Absatzmöglichkeiten, Zugang zu billiger Arbeitskraft und führte zu bester Laune an den Börsen. Selbst als es 1987 zu einem Wall Street Crash kam, ging die Akkumulation munter weiter. Die Börsenkrise in Tokio 1991 führt zwar zu einem Jahrzehnt der Stagnation in Japan hat aber, obwohl die japanische Ökonomie noch immer die zweitgrößte der Welt ist, keine Auswirkungen auf den globalen Akkumulationsprozess. Nachdem die kapitalistischen Zentren sich nicht mal an der Asienkrise 1997 ansteckten, waren viele linke Theoretiker überzeugt, dass Finanzmärkte die Massenproduktion als Motor kapitalistischer Akkumulation ersetzt hätten (Aglietta 2000, Boyer 2000). Umso größer war die Überraschung, dass es 2008 nicht nur, wie bereits 1987, zu einer Wall Street Krise kam, sondern dass diese zum Auftakt der schwersten Weltwirtschaftskrise seit der Großen Depression wurde. Dies wirft erstens die Frage auf, weshalb die kapitalistischen Zentren knapp drei Jahrzehnte neoliberaler Akkumulation ohne nennenswerte Krisen in den Zentren erlebten und zweitens, weshalb diese Akkumulationsphase dann doch noch in einer schweren Krise endete.

Die Ziele des Neoliberalismus bestanden in der Erhöhung der Profitrate und der Wiederherstellung kapitalistischer Arbeitsdisziplin. Die Wiederherstellung einer dauerhaften industriellen Reservearmee nach den Prosperitäts- und Vollbeschäftigungsjahren der 1950er und 1960er Jahre, eine auf Computer-Steuerung und Automation ruhende Rationalisierungswelle sowie Produktionsverlagerungen in Niedriglohnländer führten zusammengenommen dazu, dass sich das Reallohnwachstum in den Zentren gegenüber der Nachkriegsprosperität und sogar dem 1970er Stagflationsjahrzehnt drastisch verlangsamte, in einigen Ländern sogar negative Werte annahm und Produktivitätsgewinne zu höheren Profitraten führten (Rupert 1975: Kap. 8). Darüber hinaus wurde der Steuerstaat, dessen Anteil am Bruttoinlandsprodukt entgegen der neoliberalen Propaganda keinesfalls gesenkt wurde, dazu genutzt, die Steuerlast von Unternehmen und vermögenden Haushalten zunehmend auf die Bezieher niedriger Einkommen zu verschieben (Glyn 2006: Kap. 7).

So erfolgreich diese Umverteilungspolitik auch war, führte sie doch zu einer Aktualisierung der von Luxemburg analysierten Tendenz zu Unterkonsumtion und allgemeinem Nachfragemangel. Dieser Tendenz konnte der neoliberale Kapitalismus, wenngleich sich das Wachstum gegenüber der Nachkriegsprosperität deutlich abschwächte (Brenner 2006: Part Four), zunächst entgegen. Der Übergang zu computer-gestützten und, zumindest teilweise, automatisierten Produktionsverfahren in den Zentren kurbelte die Nachfrage nach Investitionsgütern an, trug allerdings auch zum Fortbestand von Überkapazitäten bei. Zudem bedurfte die Expansion westlichen Kapitals in die ehemals Zweite und Dritte Welt des Aufbaus einer „neoliberalen Infrastruktur“. Ohne den Ausbau globaler Logistiknetzwerke, der mit massiven Investitionen in fixes Kapital einherging, sowie de-

ren militärische Absicherung, die den militärisch-industriellen Komplex als bedeutenden Nachfragefaktor über das Ende des Kalten Krieges hinaus am Leben erhielt, war der Zugang zu billiger Arbeitskraft nicht zu haben. Mit dem Aufbau globaler Wertschöpfungsketten ging zwar einerseits eine massive Verelendung der Arbeiterklassen des globalen Südens einher. Andererseits stellten neoliberale Kompradorenbourgeoisien und Mittelklassen ihren Reichtum demonstrativ zur Schau. Die hierfür notwendigen Accessoires lieferten westliche Mercedes, Porsche & Co. Zudem trugen eine weitere Aufblähung von Konsumentenkrediten und die Auflösung privater Haushaltsersparnisse innerhalb der Zentren zur Stabilisierung der Konsumgüternachfrage trotz teilweise sogar rückläufiger Reallöhne bei (Foster, Magdoff 2009: Kap. 2).

Seit der US-Immobilienkrise 2007 zeigte sich allerdings, dass viele Haushalte ihren Kreditverpflichtungen mangels angemessener Bezahlung für ihre Arbeit nicht mehr nachkommen konnten. Ausgehend von einer steigenden Zahl fauler Immobilienkredite wurde die Finanzierungsgrundlage der Wall Street Hausse untergraben und schließlich ein Kurssturz ausgelöst (Foster, Magdoff 2009: Kap. 6). Mit einem Schlag werden die Widersprüche des neoliberalen Kapitalismus auch für Nicht-Marxisten ersichtlich. Die erfolgreiche Umverteilung von Arbeits- zu Vermögenseinkommen vergrößert die Masse Anlage suchenden Kapitals, führt aber nicht im gleichen Umfang zu einer Zunahme profitabler Investitionsprojekte. Eine durch unzureichendes Nachfragewachstum bedingte Verringerung der Profitrate kann jedoch, so hofften Vermögensbesitzer vor der Krise, durch Finanzinvestitionen vermieden werden. Einstürzende Börsenkurse machen ihnen dann aber klar, dass steigende Price-Earnings-Ratios nicht zukünftiges Wachstum, sondern eine sich beschleunigende Wertpapierinflation angezeigt hatten. Nicht steigende Löhne, wie Marx noch gemutmaßt hatte (Marx 1885: 410), sondern steigende Börsenkurse, und insbesondere deren Abkopplung von der Gewinnentwicklung der nicht-finanziellen Unternehmen, sind im neoliberalen Kapitalismus die „Sturmvoegel der Krise“ (Marx 1885: 410) .

Marx, ebenso wie Schumpeter, erwartete von Krisen, dass sie überakkumuliertes Kapital entwerten, auf diese Weise die Profitrate einer kleiner gewordenen Profitmasse erhöhen und auf diese Weise den nächsten Aufschwung vorbereiten würden. So sah die kapitalistische Realität bis zur Großen Depression auch aus. Mit dem Keynesianismus wurde dann die Staatstätigkeit über die Garantie von Eigentumsrechten, was auch Landnahme und Verwandlung von kollektivem Eigentum in Privateigentum einschließt, hinaus erweitert. Am Ausgang der Großen Depression stand die makroökonomische Intervention, die seither einen integralen Bestandteil kapitalistischer Akkumulation darstellt. Trotz anti-staatlicher Rhetorik änderte hieran auch der Neoliberalismus nichts. Öffentliche Haushalte trugen im neoliberalen Kapitalismus zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bei. Der Ausbruch der Finanzkrise im Sep-

tember 2008 führte denn auch zu massiven Staatsinterventionen. Diese hatten einen „keynesianisch-monetaristischen“ Doppelcharakter. Konjunkturprogramme wirkten dem Zusammenbruch der privaten Nachfrage, insbesondere privater Investitionstätigkeit, entgegen. Bankenrettungsprogramme sowie massive Ausweitung des Geldangebotes durch die Zentralbanken fingen den Börsenkrach auf. Die Folge: Anstelle einer dreijährigen Talfahrt der Wirtschaft, wie zu Beginn der Großen Depression, löste der Börsenkrach 2008 lediglich eine gut halbjährige „Große Rezession“ aus. Danach verlangsamte sich der Abschwung im Westen, während das Wachstum in den neuen Regionalmächten des Südens und insbesondere China, das bereits über den Status einer Regionalmacht hinausgewachsen ist, sich bereits wieder dem Vorkrisen-Niveau annähert.

Erleben wir also statt einer großen Krise der kapitalistischen Akkumulation lediglich den Übergang von der Hegemonie des US-geführten Westens zu einer polyzentrischen Welt (Schmidt 2008b)? Es ist durchaus vorstellbar, dass Ökonomen ein Set von Wechselkursen, Zinssätzen, Staats- und Investitionsquoten ausrechnen, dass mit welt- und binnenwirtschaftlichen Gleichgewichten kompatibel wäre (Elsenhans 2000). Zu diesem Zweck wurde der Keynesianismus in der Vergangenheit von einer Wirtschaftstheorie zu einer Sozialtechnologie weiterentwickelt. Es ist weiterhin denkbar, dass Regierungen in der internationalen Arena und Sozialpartner in einzelnen Ländern sich in einem Verhandlungsprozess darauf verständigen, die entsprechenden Kennziffern als Richtschnur ihres jeweiligen Handelns anzuerkennen. Wahrscheinlich ist solch eine „ausgehandelte Stabilisierungspolitik“ jedoch nicht. Dabei sind neoliberale Lästereien, diese Art von Weltkorporatismus stelle die Wiedereinführung der Planwirtschaft zwei Jahrzehnte nach ihrem Ableben in Moskau dar, noch das kleinste Problem. Größere Hindernisse auf dem Weg zu einer polyzentrischen und wirtschaftlich stabilen Welt stellen der Fortbestand ökonomischer Krisenpotenziale und soziale Interessenkonflikte dar.

Massive Injektionen öffentlicher Gelder in reale und monetäre Wirtschaftskreisläufe haben zwar den Absturz der Weltwirtschaft bremsen können. Damit haben sie jedoch gleichzeitig die Entwertung überakkumulierten Kapitals verhindert. Dies gilt insbesondere mit Blick auf Finanzvermögen. Die gegenwärtige Stabilisierung von Nachfrage und Wertschöpfung im Westen wird von einer neuerlichen Spekulationsblase begleitet, deren Platzen die nächste Krisenstufe einleiten dürfte. Die staatliche Rettung von Finanzvermögen hat aber nicht nur die ökonomischen Bedingungen für die nächste Krisenrunde geschaffen, sondern auch die Macht der Vermögensbesitzer gerettet. Diese werden alles daran setzen, die für eine dauerhafte Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung notwendige Entwertung ihrer Vermögen zu verhindern. Forderungen nach Sanierung der Staatshaushalte, die in den meisten Ländern mehr durch Subventionen an den Finanzsektor als durch Konjunkturprogramme in die roten Zahlen getrieben wurden, deuten bereits daraufhin, dass der Vermö-

gensbesitz am Neoliberalismus festhält. Dabei wird in Kauf genommen, dass die neuerliche Kombination von Spekulationsblasen und staatlichen Ausgabenkürzungen die mit Ach und Krach stabilisierte Wirtschaft aller Wahrscheinlichkeit nach über die nächste Krisenklippe schubsen wird. Der „Wille zum Neoliberalismus“ wird noch dadurch befördert, dass der Akkumulationsprozess – am Ende billiger Rohstoffe – unter Kostendruck steht. Nicht militante Arbeiterkämpfe, sondern steigende Rohstoffpreise setzen die Profitraten unter Druck und erhalten so den Anreiz zur vermeintlich profitableren Finanzanlage aufrecht. Genauer: Rohstoffe, die als sich verteuender Bestandteil des konstanten Kapitals die Profitrate verringern, werden selbst zum lukrativen Spekulationsgeschäft. Die Renditen, die von diesen Rohstoffgeschäften erwartet werden, stehen einer „ökologischen Landnahme“ samt der damit verbundenen Akkumulationsmöglichkeiten im Wege (Kovel 2007).

Vermögensbesitz ist international. Er umfasst nicht nur das „große Geld“, sondern auch die Ersparnisse von Mittelklassen und besser bezahlten Schichten des Proletariats sowie Devisenreserven der Zentralbanken dieser Welt (Panitch, Gindin 2009). Diese regionale und soziale Streuung des Vermögensbesitzes geht freilich mit einer enormen Konzentration und, darauf aufbauend, politischer Macht einher. Diese Macht hat einen Ort: Wall Street sowie deren Verbindungen zur US-Zentralbank und dem amerikanischen Finanzministerium (Gowan 1999: Kap. 3). Vergleichbar dem Festhalten der Londoner City an den Prinzipien des alten Liberalismus, das in den 1930er Jahren zum Übergang von Börsenkrach und Rezession in eine Depression beigetragen hat, wird das Festhalten der Wall Street am Neoliberalismus zum Übergang von der gegenwärtigen Stabilisierung zur nächsten Krisenstufe beitragen.

Nicht nur absteigenden Hegemonialmächten fällt der Abschied von lieb gewonnenen Akkumulationsstrategien schwer. Auch die politische Führung des merkantilistischen Aufstiegers China, von internationalen Wirtschaftsorganisationen beständig zu Aufwertungen des Yuan, Senkung der Sparquote und Ausweitung der Binnennachfrage aufgefordert, betritt wirtschaftspolitisches Neuland nur zögerlich. Dass sie weiteren Aufwertungen zögerlich gegenübersteht, ist verständlich. Schließlich würden hierdurch ihre Dollar-Reserven entwertet und Exporte verteuert. Noch schwerer wiegt jedoch, dass eine Ausweitung des inländischen Konsums ohne steigende Reallöhne samt der damit verbundenen Verschiebung der sozialen Machtbalance zugunsten der Arbeiterklasse verbunden wäre. Diese sozialdemokratische Vision dürfte alten Kommunisten in der Volksrepublik ebenso wenig schmecken wie neuen Kapitalisten.

Eine Abkehr vom Dollar Wall Street Regime in den USA sowie vom Merkantilismus in China ist, wenn überhaupt, nicht von den herrschenden Klassen dieser Länder zu erwarten, sondern von einer neuer Welle von Arbeiterkämpfen. Ob es dazu kommt, ist ungewiss. Ob solche Kämpfe, so sie denn stattfinden, eine neue Phase der Landnahme und Kapitalakkumulation einleiten oder über den Kapita-

lismus hinausgehen, ist ebenso ungewiss. Dagegen darf mit ziemlicher Gewissheit gesagt werden, dass die nächste Krisenetappe vor der Tür steht.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang (1972): *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung*, Frankfurt/Main.
- Aglietta, Michel (2000): *Ein neues Akkumulationsregime – Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand*, Hamburg.
- Aldcroft, Derek H. (1978): *Die zwanziger Jahre: Von Versailles zur Wall Street*, München.
- Altvater, Elmar et al. (1979): *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise – Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik*, Berlin/West.
- Baran, Paul A.; Sweezy, Paul M. (1966): *Monopoly Capital – An Essay on the American Economic and Social Order*, New York; London.
- Bauer, Otto (1913): Die Akkumulation des Kapitals, in: *Die Neue Zeit*, 31. Jg., Bd. 1, 831-838, 862-874.
- Berman, Sheri (2006): *The Primacy of Politics – Social Democracy and the Making of Europe’s Twentieth Century*, Cambridge.
- Birnbaum Norman (2001): *After Progress – American Social Reform and European Socialism in the Twentieth Century*, Oxford.
- Boyer, Robert (2000): Is a Finance-led Growth Regime a Viable Alternative to Fordism? A Preliminary Analysis, in: *Economy and Society*, 29. Jg., Nr. 1, 111-145.
- Broadberry, Stephen; Harrison, Mark (2005): *The Economics of World War I*, Cambridge.
- Bronfenbrenner, Martin (Hrsg.), (1969): *Is the Business Cycle Obsolete?*, New York.
- Brenner, Robert (2006): *The Economics of Global Turbulence*, London; New York.
- Bucharin, Nikolai (1926): *Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals*, Wien; Berlin.
- Clavin, Patricia (2000): *The Great Depression in Europe, 1929 – 1939*, Houndmills; Basingstoke.
- Danos, Jacques; Gibelin, Marcel (1982): *Die Volksfront in Frankreich*, Hannover.
- Dobb, Maurice (1946): *Entwicklung des Kapitalismus vom Spätfeudalismus bis zur Gegenwart*, Köln 1970.
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme – Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus, erscheint in: Ders. et al. (Hrsg.): *Soziologie, Kapitalismus, Kritik*, Frankfurt/Main.
- Elsenhans, Hartmut (2000): Aspekte eines weltwirtschaftlichen Keynesianismus, in: Goldschmidt, Werner et al. (Hrsg.): *Neoliberalismus – Hegemonie ohne Perspektive*, Heilbronn, 142-156.
- Feinstein, Charles H. et al. (2008): *The World Economy between the World Wars*, Oxford.
- Foster, John Bellamy; Magdoff, Fred (2009): *The Great Financial Crisis – Causes and Consequences*, New York.
- Glyn, Andrew (2006): *Capitalism Unleashed: Finance, Globalization, and Welfare*, Oxford.
- Gordon, Robert J. (2000): Interpreting the „One Big Wave“ in U.S. Long-term Productivity Growth, in: Van Ark, Bart et al. (Hrsg.): *Productivity, Technology, and Economic Growth*, Dordrecht, 19-65.
- Gowan, Peter (1999): *The Global Gamble – Washington’s Faustian Bid for World Dominance*, London; New York.
- Grossmann, Henryk (1929): *Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems*, Frankfurt/Main 1967.
- Guérin, Daniel; Mandel, Ernest (1972): *Einführung in die Geschichte des amerikanischen Monopolkapitals*, Berlin/West.
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*, Oxford.
- (2005): *A Brief History of Neoliberalism*, Oxford.
- Heller, Henry (2006): *The Cold War and the New Imperialism, A Global History, 1945-2005*, New York.
- Hoffmann, Jürgen (Hrsg.), (1983): *Überproduktion, Unterkonsumtion, Depression – Analysen und Kontroversen zur Krisentheorie*, Hamburg.

- Howard, M.C.; King, J.E. (1989): *A History of Marxian Economics, Vol. I, 1883 - 1929*, Princeton.
- Kalecki, Michal (1943): Political Aspects of Full Employment, in: *Political Quarterly*, 14. Jg., Nr. 4, 322-330.
- (1967): Das Problem der effektiven Nachfrage bei Tugan-Baranowsky und Rosa Luxemburg, in: Ders.: *Krise und Prosperität im Kapitalismus*, Marburg 1987, 282-290.
- Kindleberger, Charles P. (1973): *Die Weltwirtschaftskrise*, München.
- (2000): *Manias, Panics, and Crashes - A History of Financial Crises*, New York et al.
- Kolko, Gabriel (1994): *Century of War - Politics, Conflicts and Society Since 1914*, New York.
- Kovel, Joel (2007): *The Enemy of Nature: The End of Capitalism or the End of the World?*, London et al.
- Lens, Sidney (1973): *The Labor Wars - From the Molly Maguires to the Sit-Downs*, Chicago 2008.
- Luxemburg, Rosa (1913): *Die Akkumulation des Kapitals*, Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin 1990.
- (1916): *Die Krise der Sozialdemokratie*, Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1990.
- Lutz, Burkhardt (1989): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt; New York.
- Magdoff, Harry (2003): *Imperialism Without Colonies*, New York.
- Maddison, Angus (1991): *Dynamic Forces in Capitalist Development*, Oxford.
- (2001): *The World Economy - A Millennial Perspective*, Paris.
- Marglin, Stephen A. (1991): Lessons of the Golden Age: An Overview, in: Ders., Schor, Juliet B., (Hrsg.): *The Golden Age of Capitalism*, Oxford, 1-38.
- Marx, Karl (1885): *Das Kapital - Zweiter Band*, MEW 24, Berlin 1977.
- Nicholson, Philip Yale (2004): *Labor's Story in the United States*, Philadelphia.
- O'Connor, James (1974): *Die Finanzkrise des Staates*, Frankfurt/Main.
- Panitch, Leo; Gindin, Sam (2009): The Current Crisis: A Socialist Perspective, in: *Studies in Political Economy*, Spring 2009, Nr. 83, 7-32.
- Rosenberg, Alfred (1991): *Geschichte der Weimarer Republik*, Hamburg.
- Rupert, Mark (1995): *Producing Hegemony - The Politics of Mass Production and American Power*, Cambridge.
- Schmidt, Ingo (1997): *Gewerkschaften und Keynesianismus*, Münster.
- (2008a): Aufstieg und Niederhang des Pentagon Wall Street Kapitalismus, in: *Sozialismus*, 35. Jg., Nr. 6, 18-25.
- (2008b): Kollektiver Imperialismus, Varianten des Neoliberalismus und neue Regionalmächte, in: Ders. (Hrsg.): *Spielarten des Neoliberalismus*, Hamburg, 7-39.
- Schumpeter, Joseph A. (1943): The March into Socialism, in: Ders.: *Capitalism, Socialism, and Democracy*, London; New York 2006, 421-432.
- Sherman, Howard J. (1976): *Stagflation - A Radical Theory of Unemployment and Inflation*, New York et al.
- Sweezy, Paul M. (1942): *The Theory of Capitalist Development*, New York 1970.
- Symmons, Julian (1957): *The General Strike*, London et al.
- Toussaint, Eric (2005): *Your Money or Your Life - The Tyranny of Global Finance*, Chicago.
- Van der Linden, Marcel (Hrsg.), (2007): *Was war die Sowjetunion? Kritische Texte zum real existierenden Sozialismus*, Wien.
- Varga, Eugen (1935): *The Great Crisis and its Economic Consequences*, New York.
- Von Werlhof, Claudia et al. (1983): *Frauen die letzte Kolonie - Zur Hausfrauisierung der Arbeit*, Reinbek bei Hamburg.
- Woo-Cumings, Meredith (1999): *The Developmental State*, Ithaca; London.
- Zarembka, Paul (2002): Rosa Luxemburg's 'Accumulation of Capital' - Critics Try to Bury the Message, in: Lehmann, Jennifer (Hrsg.): *Bringing Capitalism Back for Critique in Social Theory*, Jg. 21, 3-45.
- Ziebura, Gilbert (1984): *Weltwirtschaft und Weltpolitik, 1922/24 - 1931*, Frankfurt/Main.